

Landessynode  
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz  
am 1. und 2. April 2022

Antrag der Ausschüsse Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung und Ökumene,  
Mission und Dialog betr. den Krieg gegen die Ukraine

---

Die Landessynode möge dieses „Wort der Landessynode“ beschließen:

**Wort der Landessynode der EKBO zum Krieg gegen die Ukraine**

Es ist Krieg in Europa. Präsident Putin und sein Regime haben einen brutalen Angriffskrieg auf das ukrainische Nachbarland befohlen. Sie drohen den Völkern dieser Welt gar mit Nuklearwaffen, sollten andere militärisch eingreifen, um die Zivilbevölkerung zu schützen oder die territoriale Integrität der Ukraine zu verteidigen. Schon mit der Annexion der Krim 2014 und der anschließenden Besetzung des Donbass durch russische Militäroperationen zur Unterstützung der Separatisten wurden das Völkerrecht und die Nachkriegsordnung in Europa gebrochen, nach denen Grenzen nur mit friedlichen Mitteln und einvernehmlich neu bestimmt werden dürfen. Nun wird der Angriff auf das ganze Land ausgeweitet, erneut unter Bruch des Völkerrechts und internationaler Verträge. In diesem Krieg macht sich Russland schwerer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig. Tausende sterben, Hunderttausende leiden, Millionen müssen fliehen: für imperialistisches und nationalistisches menschenverachtendes Machtstreben.

Für den brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine kann es keine Rechtfertigung geben. Er erfüllt uns mit Entsetzen, Ratlosigkeit, Angst und Zorn. Unsere Solidarität gilt dem ukrainischen Volk und seiner frei gewählten Regierung.

Der Krieg war nie verschwunden aus Europa und seiner Nachbarschaft. Wir konnten nur leichter wegsehen als heute. Doch nun fordert uns dieser Krieg in besonderer Weise heraus, denn mit ihm wird die internationale Ordnung bewusst grundsätzlich in Frage gestellt. Wenn der Aggressor Erfolg hat, ist nichts und niemand mehr sicher. Das Recht des Stärkeren darf nicht über das Völkerrecht und die Lebens- und Freiheitsrechte der Völker triumphieren.

Wir suchen als Christinnen und Christen Antworten auf diese Konfrontation der Weltgemeinschaft und ihrer Regeln. Wir haben keine fertigen Antworten, viele unserer bisherigen Gewissheiten sind erschüttert.

Wir sind dabei nicht zur Untätigkeit verurteilt. Auch wenn wir den Krieg nicht beenden können, wenn wir dem Töten und Vernichten keinen Einhalt gebieten können: Die Menschen in der und

aus der Ukraine brauchen unsere Unterstützung. An sie sind wir gewiesen mit unserem Handeln, auch in den Nachbarländern, die die schwerste Last schultern.

Wir sind nicht ohne Hoffnung. Unser Glaube sagt uns, dass das Böse nicht siegen kann. Es kann Leid schaffen, aber das Leben nicht besiegen. Es wird wieder Friede sein. Es wird wieder Versöhnung geben. Aber beide – Friede und Versöhnung – werden nicht selbstverständlich sein, sondern Menschen brauchen, die ihnen den Weg bereiten, sie aufbauen und gegen neue Widerstände und Angriffe verteidigen.

### *Recht und Unrecht benennen*

- Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Wir rufen die russische Regierung auf, sofort ihre Truppen abzuziehen und die Ukraine in Frieden ihren eigenen Weg gehen zu lassen.
- Wir bestreiten, dass es eine Rechtfertigung dafür geben kann, einen Angriffskrieg zu führen. Weder historische Ansprüche, politische Überzeugungen, nationale Kränkungen oder religiöse Gefühle noch angebliche militärische Bedrohung können Krieg und Gewalt legitimieren.
- Wir erkennen das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung und die Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung an. Rechtserhaltende Gewalt im Sinne der Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 schützt die Schwachen. Dieses Recht muss auch praktisch ausgeübt werden können; dazu braucht die Ukraine unsere Unterstützung.
- Wir sehen, dass dieser Krieg viele Opfer hat, nicht nur in der Ukraine: In Russland selbst wird die Diktatur immer härter, werden Andersdenkende unterdrückt. Die Nachbarstaaten geraten durch den Zustrom Geflüchteter an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Der Hunger in der Welt wird zunehmen, weil wichtige Ernten ausfallen und Handelswege blockiert werden. Alle werden verlieren.
- Uns ist wichtig, die Akte der Gewalt, die die russische Regierung und Militärführung begeht, nicht allgemein dem russischen Volk zuzurechnen. Russinnen und Russen in ihrer Heimat und im Ausland dürfen nicht aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert, ausgegrenzt oder angegriffen werden. Mit unserer ökumenischen und partnerschaftlichen Arbeit werden wir versuchen dazu beizutragen, dass es den Herrschenden in Russland nicht gelingt, alle Brücken zwischen den Menschen dort und bei uns zerstören.
- Auch wenn es wenige sind, sind wir dankbar für jede russische Stimme, die dem Krieg, der Kriegspropaganda und der gefährlichen Ideologie hinter beiden widersprechen. Wir erkennen den Heldenmut an, der mit solchem Widerspruch und Bekenntnis verbunden ist. Wer so handelt, gefährdet sich, aber auch seine Familie und nahestehende Menschen.
- Wirtschaftliche Sanktionen müssen so ausgestaltet sein und aufrechterhalten werden, dass Dialog und Druck zusammen den Krieg beenden. Wir wissen, dass wirksame Sanktionen auch uns belasten, doch wir sind bereit, Opfer für den Frieden zu bringen.
- Wir hoffen auf eine Zeit, in der Russland in den Kreis der friedliebenden Völker zurückkehrt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht. Wir hoffen auf die Zeit nach diesem Krieg, in der die Wunden des Krieges heilen und der Reichtum der Völker für friedlichen Aufbau und Wohlstand für alle eingesetzt wird.
- Vor diesem Hintergrund bestehen wir auch darauf, dass die beschlossene Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Bundeswehr parlamentarisch weiter diskutiert wird. Der Beschluss ist kein Grund zur Freude. Das Geld kann aus unserer Sicht allein dazu dienen, Deutschlands unmittelbare Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten.

### *Den Opfern des Krieges helfen*

- Die Evangelische Kirche Berlin Brandenburg Schlesische Oberlausitz (EKBO) reaktiviert den Flüchtlingsfond zur Unterstützung des Engagements von Kirchengemeinden und Kirchenkreisen in der Flüchtlingsaufnahme und stattet ihn mit 500.000 € aus. Die Landessynode bittet die Kirchengemeinden und Kirchenkreise, die bestehenden Strukturen der Arbeit mit Geflüchteten aufrechtzuerhalten und auszubauen.
- Die Aufnahme und Betreuung jener, die dem Krieg entkommen, ist keine leichte und kurzfristige Aufgabe. Sie wird über viele Jahre Ressourcen brauchen und binden. Wir stellen uns darauf ein, diese vorzuhalten und Solidarität zu üben, die auch uns etwas kostet und abverlangt. Zugleich darf Solidarität nicht auf Kosten derer in unserer Gesellschaft gehen, die jetzt schon unter Armut und Einschränkungen leiden.
- Wir sind dankbar für die in unserer Gesellschaft und in unserer Landeskirche gelebte breite Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine. Unterstützung und Solidarität verdienen aber auch die Menschen in Russland, die etwa als Wehrpflichtige Opfer des Krieges werden und diejenigen, die gegen die Kriegspolitik aufstehen und Repressionen in Kauf nehmen. Unterstützung verdienen schließlich auch alle Soldatinnen und Soldaten, die mörderische Befehle nicht ausführen wollen.
- Gemeinsam mit den ökumenischen Institutionen und Gremien unterstützt die EKBO die Kirchen in der Ukraine in ihrem Beistand für die notleidenden Menschen. Sie steht ebenfalls den Partnerkirchen in Polen und weiteren Nachbarländern der Ukraine bei ihrem Einsatz für die ankommenden Flüchtenden in ihren Ländern bei. Sie nimmt Kontakt zur ukrainisch-orthodoxen Kirche in Berlin auf, um sie bei der Aufnahme von Geflüchteten zu unterstützen. Sie bittet die russisch-orthodoxe Kirche in Deutschland, ihren Einfluss zur sofortigen und bedingungslosen Beendigung des Krieges geltend zu machen. Sie bittet um die Hilfe der christlichen Weltgemeinschaft bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Herbst in Karlsruhe, indem diese den Krieg in der Ukraine und den Aufbau einer stabilen Friedensordnung in Mittel- und Osteuropa entsprechend den Grundsätzen des gerechten Friedens zu einem zentralen Thema macht.
- Die EKBO engagiert sich in der religiösen Begleitung und der Seelsorge der Flüchtlinge. Sie bietet den orthodoxen Gemeinden in Deutschland die Nutzung ihrer Strukturen an. Sie organisiert Bildungsangebote für die Kirchengemeinden über die Orthodoxie in ihren verschiedenen Lebensäußerungen. Zur Seelsorge gehören auch sensible Angebote zur Traumabearbeitung.
- Die Landessynode bittet das Diakonische Werk, den Arbeitsbereich Migration und Integration, die Berliner Stadtmission sowie die Kirchenkreise und –gemeinden darum, sich für die zügige Integration der Flüchtlinge aus der Ukraine zu engagieren: Neben der Notversorgung müssen Bildungsangebote zum Spracherwerb bereitgestellt und Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen bzw. zur Weiterbildung entwickelt werden. Gemeinden werden gebeten, die Unterbringung in privaten Unterkünften gut zu begleiten und sich dafür einzusetzen, dass in der Betreuung der Geflüchteten auch Fachpersonal aus der Ukraine eingesetzt wird. Wichtig ist die Vernetzung der Aktivitäten im Rahmen der Diakonischen Werke mit kirchlichen Angeboten und mit den und staatlichen und kommunalen Institutionen und Anlaufstellen.
- Die aktuelle große Not der Geflüchteten aus der Ukraine darf nicht zur Vernachlässigung der Notleidenden in und aus anderen Krisengebieten führen. Insbesondere fordern wir die Evakuierung der ca. 6.000 Personen, die seit Oktober letzten Jahres an der polnisch-belarussischen Grenze ausharren. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass die Geflüchteten, die schon länger in unserem Land Schutz und Aufnahme suchen, nicht wegen ihrer Hautfarbe, Religion oder Kultur benachteiligt werden. Es darf keine Klassengesellschaft des Willkommens geben.

### *Für die Opfer des Krieges eintreten*

- Wir wissen, dass Anti-Kriegs-Demonstrationen den Krieg nicht beenden. Aber wir sind froh und dankbar, dass sich so viele Menschen versammeln, um dem Krieg zu widersprechen, und hoffen, dass auch die Menschen in der Ukraine aus dieser sichtbaren Solidarität Kraft und Hoffnung gewinnen.
- Wir können vielen Opfern des Krieges nicht helfen. In unserer Ohnmacht bringen wir ihre Not vor Gott, ebenso wie unsere Ängste um eine weitere Eskalation des Krieges. Wir können mit Gebet und Gottesdienst den Frieden nicht herbeizwingen. Die Erfahrung der friedlichen Revolution hat uns jedoch gelehrt, dass das Gebet auch geschichtliche Wirkung entfalten kann. Als Christinnen und Christen beten wir auch für unsere Feinde. Wir glauben an die Kraft Gottes, der der Herr der Geschichte ist und bleibt. Mit seiner Macht müssen die Herrschenden dieser Welt rechnen. „Er stößt die Gewaltigen vom Thron und erhöht die Niedrigen.“ (Luk. 1, 52)

### *Unsere Friedensethik weiterentwickeln*

- Wir müssen weiter fragen, wie weit unsere friedensethischen Überzeugungen in der aktuellen Situation tragen und uns in die ökumenischen, gesellschaftlichen und internationalen Diskussionen einbringen. Dabei sind wir auch durch die Haltung der Leitung der russisch-orthodoxen Kirche herausgefordert, die bisher nicht bereit ist, zu einem sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand aufzurufen.
- Als „Kirche auf dem Weg des gerechten Friedens“ stellen wir uns der Diskussion um den richtigen Umgang mit Krieg und dem Einsatz militärischer Gewalt. Sie muss noch intensiver geführt werden. Christliche Friedensethik ist offen für konsequenten Pazifismus und offen für Stimmen, die dem Rad in die Speichen fallen wollen. Wir spüren, dass die strikte Ablehnung von Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete uns in ein moralisches Dilemma führt, für das es nicht die eine, richtige und für alle verbindliche Antwort gibt.
- Wenn wir diesen Diskurs weiterführen, fragen wir uns auch, ob wir ihn bislang stets auf der Grundlage vorurteilsfreier Erkenntnis der Wirklichkeit geführt haben. Wenn uns dieser Krieg – anders als die vielen anderen Kriege der letzten Jahre und Jahrzehnte – nun in vermeintlichen Gewissheiten erschüttert, dann auch deswegen, weil wir die Realität der Gewalt in dieser Welt nicht immer klar sehen wollten. Wir haben uns bequem damit begnügt, dass wir in Frieden und Freiheit leben.

Dr. Friederike Krippner und Dr. Claudia Ludwig  
Vorsitzende der Ausschüsse Ökumene und GFB

Einbringung: Dr. Claudia Ludwig